

Gleichzeitig haben sich die bildnerischen Künste zu einer neuen Art nicht-politisierter populärer Kultur entwickelt. Für Landsberger ist damit das Ende der kulturellen Isolierung Chinas und eine neue Ära seiner Integration in das weitgehend westlich inspirierte Universum von Wünschen und Hoffnungen der Weltgemeinschaft angebrochen. Das bedeutet für ihn jedoch noch nicht das Ende chinesischer Kultur, da die westlichen Zukunftsvisionen einem Prozeß der Integration in das traditionelle chinesische Wertesystem unterzogen werden, womit eine neue Runde in der "Ti-yong"-Diskussion eingeleitet wäre.

Die einzelnen Beiträgen des Bandes sind aus der Perspektive ganz unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen verfaßt worden, und es ist gerade dieser Perspektivenwechsel, welcher die Lektüre zu einem faszinierenden Erlebnis macht. Man möchte Radke zustimmen, wenn er als Gemeinsamkeit der Beiträge die Erkenntnis herausstellt, daß es nicht nur politischer und wirtschaftlicher Einfluß sind, die den Prozeß der Modernisierung (in China) bestimmen. Gesellschaftliche und kulturelle Faktoren, die in der Forschung gerne an den Rand gedrängt werden, spielen hierbei eine ebenso wichtige Rolle. Radke plädiert zu Recht für einen Ansatz, der nicht nur den materiellen Aspekt, sondern auch die intellektuellen Dimensionen des Modernisierungsprozesses berücksichtigt, die langfristige Folgen zeitigen, die über die Zufälligkeiten der Tagespolitik hinausgehen. Dies wird besonders bei Pieke deutlich, dessen scharfsinnige Analyse der Protestbewegung von 1989 diesem Ereignis die gesellschaftspolitische Dimension verleiht, die ihm zusteht, sich jedoch erst in ferner Zukunft bewahrheiten wird.

Die Multi-Perspektive des vorliegenden Buches macht weiterhin die Vielschichtigkeit und Komplexität von Westernisierungs- bzw. Akkulturationsprozessen deutlich, die nie auf eine reine Assimilierung westlichen Denkens hinauslaufen, sondern in kürzester Zeit eine kaum kontrollierbare Eigendynamik mit nicht zu unterschätzenden Folgen entwickeln. Sechs Fälle, deren gelungene Analyse hier unter dem gemeinsamen Titel *Chinas Modernisierung* zusammen gefaßt sind, bieten dem Leser die Chance zur vertieften Auseinandersetzung mit dieser Problematik.

Bettina Ruhe

Thomas W. Robinson; David Shambaugh (eds.): Chinese Foreign Policy. Theory and Practice

Oxford: Clarendon Press, 1994, 644 S.

Die Volksrepublik China ist in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa immer wieder Gegenstand einer kontrovers geführten politischen Diskussion: Wie sollen die liberalen Demokratien des Westens mit dem spätleninistischen Regime in der Volksrepublik China umgehen, das sich systematische Verletzungen der Menschenrechte zu Schulden kommen läßt, zugleich aber über eine der dynamischsten Ökonomien der Welt verfügt und die Transformation zu einer Marktwirtschaft erfolgreich zu bewältigen scheint? Welche Möglichkeiten gibt

es, von außen auf eine innenpolitische Mäßigung hinzuwirken? Sind wirtschaftliche Sanktionen ein erfolgversprechendes Mittel oder ist gerade die weltwirtschaftliche Einbindung Chinas ein Weg, Freiheit und Menschenrechte in dem Land zu fördern?

Grundlegende Informationen und Erkenntnisse zur Beantwortung dieser Fragen bietet das von führenden Wissenschaftlern und Diplomaten verfaßte neue Standardwerk zur chinesischen Außenpolitik, das eine bewundernswerte Vielfalt verschiedener Perspektiven und Erklärungsmöglichkeiten bietet. Von den historischen Wurzeln chinesischer Außenpolitik über den Verhandlungsstil bei diplomatischen Begegnungen, außenpolitische Strategien gegenüber den wichtigsten Mächten bis hin zu vergleichenden und theoretischen Deutungsversuchen kann man diesen Sammelband als Kompendium zu Rate ziehen. Einige wichtige Forschungserträge seien im folgenden herausgegriffen.

Im Zusammenhang mit der Menschenrechtspolitik wird deutlich, daß die alljährliche amerikanische Kontroverse um die Gewährung der Meistbegünstigung an China zumindest bis vor kurzem ein wichtiger politischer Hebel war, der die Gesprächsbereitschaft der Pekingener Führung in der Menschenrechtsfrage mehr gefördert hat als alle internationalen Appelle. Wie verwundbar China durch seine Abhängigkeit vom Außenhandel geworden ist (mindestens ein Viertel des Sozialprodukts wird in diesem Sektor erwirtschaftet), machten die Entscheidungsprozesse in Peking im Jahre 1990 deutlich. Carol Lee Hamrin hat Interviews mit mehreren damals beteiligten chinesischen Politikberatern führen können und stellt ihre Erkenntnisse in einem originellen Artikel zu Mustern und Akteuren der außenpolitischen Entscheidungsfindung vor.

Als der Pekingener Führung Anfang 1990 bewußt wurde, daß der amerikanische Kongreß ernsthaft dafür eintrat, China den Status der Meistbegünstigung zu verweigern, wurden in Peking detaillierte Folgenabschätzungen verschiedener Ministerien, regionaler Führungen und Handelskonzerne angefordert. Die Berichte machten deutlich, wie groß der ökonomische und soziale Schaden sein könnte: Die Führung der exportorientierten südchinesischen Boom-Provinz Guangdong verwies darauf, daß allein in dieser Provinz zwei Millionen Arbeitsplätze verloren gehen und Exporterlöse im Wert von zehn Milliarden Dollar ausfallen könnten. Peking nahm dieses Szenario offenbar sehr ernst, obwohl die Provinzführung den potentiellen Schaden im eigenen Interesse dramatisiert hatte. Deng Xiaoping persönlich trat schließlich für einen Kompromiß mit Washington ein und empfahl, den im Juni 1989 in die US-Botschaft in Peking geflüchteten Dissidenten Fang Lizhi ausreisen zu lassen, um ein Zeichen des Entgegenkommens zu setzen. In dieser Bereitschaft zu Konzessionen zeigt sich, welchen Einfluß ökonomische Überlegungen auf politische Entscheidungen in der politischen Spitze in Peking nehmen können. Mehrere Beiträge des Bandes weisen auf diese Verknüpfung hin.

1994 allerdings verlief das Tauziehen um den Meistbegünstigungsstatus gänzlich unterschiedlich. Peking scheint die Drohung mit einem Entzug des Status durch die Vereinigten Staaten von vornherein als wenig glaubwürdig eingeschätzt zu haben. Das chinesische außenpolitische Establishment hatte bereits in den letzten Jahren mit Wohlgefallen beobachtet, daß die US-Regierung sich mit

einem immer energischeren Lobbying für die Interessen des Handels mit China durch amerikanische Unternehmen und Wirtschaftsverbände konfrontiert sah. Die Verheißungen des chinesischen Marktes arbeiten immer mehr für Peking, weit mehr als hunderttausend amerikanische Arbeitsplätze hängen inzwischen am China-Handel. So konnte es sich die Pekinger Führung im März dieses Jahres erlauben, dem amerikanischen Außenminister Christopher eine eiskalte Abfuhr zu erteilen und die "Meistbegünstigungskeule" als bloß rhetorisches Gehabe abzutun. Tatsächlich lenkte die Clinton-Administration Ende Mai ein und gewährte China erneut die Handelsvergünstigungen. Pekings Rechnung ging also auf.

So scheint China dank seiner ökonomischen Dynamik und Attraktivität einem grundlegenden Ziel seiner Außenpolitik immer näher zu kommen: der Ausweitung politischer Handlungsspielräume und der Rückgewinnung einer zentralen, machtvollen Position im internationalen System, wie ihn das "Reich der Mitte" im traditionellen chinesischen Weltverständnis eingenommen hatte.

Als Inhaber eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat ist die VR China in vorderster Front beim internationalen Konflikt-Management beteiligt. Kein größerer internationaler Problembereich, gleich ob in militärischen, ökologischen oder demographischen Fragen, kann ohne Zustimmung und Zusammenarbeit der chinesischen Führung angegangen werden. Als drittgrößte Nuklearmacht der Welt und als einer der fünf führenden Waffenexporteure ist die Bereitschaft Chinas zur Zusammenarbeit für die globale und regionale Rüstungskontrolle unverzichtbar.

Eine grundlegende Schwierigkeit im Umgang mit der Volksrepublik China bestand stets in den sprunghaften Entwicklungsbrüchen der chinesischen Innenpolitik, die eine kontinuierliche internationale Zusammenarbeit erschwerten. Auch beschränkte sich die Bereitschaft der Pekinger Führung zu multilateraler Kooperation lange Zeit auf symbolische Akte, da eine Einschränkung der nationalen Souveränität im Rahmen solcher Verpflichtungen befürchtet wurde.

Erst im Zusammenhang mit den Bemühungen, das Land nach den blutigen Unterdrückungsmaßnahmen von 1989 auf internationaler Ebene zu rehabilitieren, erkannte die Pekinger Diplomatie, daß die aktive Teilhabe und Selbstbindung an internationale Institutionen und Regeln dazu dienen konnte, den chinesischen Anspruch auf gleichberechtigte Mitsprache in der Weltpolitik zu untermauern. Das drückte sich beispielsweise aus in der Bereitschaft zur Kooperation im UN-Sicherheitsrat während des Golf-Krieges, im Beitritt zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, in der Bekanntmachung zuvor geheimgehaltener Verwaltungsbestimmungen im Außenhandel und in den Bemühungen um eine Anpassung des Importregimes an die Vorgaben des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT). Aus westlicher Sicht ist die chinesische Außenpolitik trotz der Reibungen in der Menschenrechtsfrage in den letzten vier Jahren kooperativer und berechenbarer geworden. Die Einbindung Chinas in das globale Interdependenz-System mit seinen - vornehmlich von den westlichen Industriestaaten aufgestellten - Regeln schreitet mit der raschen Integration des Landes in die Weltwirtschaft voran. China ist inzwischen einer sehr großen Zahl von internationalen Organisationen und Verträgen beigetreten, die einen wachsenden Einfluß beispielsweise auf die Wirtschaftsgesetzgebung im Inland neh-

men. Samuel Kim spricht in seinem brillanten Beitrag von einem Prozeß des "globalen Lernens" durch Partizipation in internationalen Organisationen, dem sich auch die chinesische Führung nicht mehr entziehen könne.

Die Beziehungen zwischen China und den Staaten Westeuropas sind nach Einschätzung Michael Yahudas (London) für beide Seiten in der bisherigen außenpolitischen Praxis nur von sekundärer Bedeutung. In Chinas Außenpolitik nimmt Europa trotz seiner Bedeutung als Technologiepartner keine strategische Position ein. Die Beziehungen verblassen vor dem sicherheitspolitischen bzw. außenwirtschaftlichen Gewicht der Vereinigten Staaten, Japans, Rußlands sowie der aufstrebenden ostasiatischen Nachbarstaaten. Geschwächt wird die Position der Europäer gegenüber China auch durch die Rivalität um den Marktzugang, die unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union herrscht. Beim Wettbewerb um Großprojekte im Infrastrukturbereich befinden sich die europäischen "Partnerländer" in einem regelrechten Subventionswettkampf mit Hilfe billiger Entwicklungskredite. Die Regierung in Peking hat diese Rivalitäten durch eine selektive Bevorzugung wechselnder Staaten in Importgeschäften und Infrastrukturprojekten für die eigenen Zwecke geschickt zu nutzen verstanden.

Ist China aber tatsächlich auf dem Weg zu "Prosperität und Macht", den erklärten Zielen aller chinesischen Modernisierungsbefürworter seit dem 19. Jahrhundert? Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung mit einem jährlichen Wachstum von über zehn Prozent, die ungeheuren Summen an Auslandskapital, die in das Land fließen, die erfolgreiche Diplomatie gegenüber den Nachbarstaaten und das Selbstbewußtsein, mit dem Peking in diesem Jahr Washington die Stirn bot, lassen eine solche Entwicklung plausibel erscheinen. Thomas Robinson läßt in seinem Schlußbeitrag keinen Zweifel daran, daß Peking mit Beharrlichkeit auf eine Aufwertung seines internationalen Status und auf eine künftige Supermacht-Rolle hinarbeitet. Es vermeidet eine Verhärtung der Fronten gegenüber den westlichen Industrieländern, kultiviert seinen Einfluß auf die ostasiatischen Nachbarstaaten, verstärkt seine diplomatischen Avancen gegenüber Rußland und den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Im Bereich der Sicherheitspolitik bestehen weitreichende Gemeinsamkeiten mit den Vorstellungen des Westens (die Bemühungen Pekings um eine Eindämmung der Kriegsgefahr auf der koreanischen Halbinsel belegen dies), auch wenn es Peking nicht um den Weltfrieden als solches, sondern vielmehr darum geht, ein friedliches Umfeld für Chinas Modernisierungsprogramm und nationalen Aufstieg zu sichern.

Die innenpolitischen Spannungen aber, die der rasante Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit sich bringt, lassen es ratsam erscheinen, den Aufstieg Chinas zum "Giganten der Zukunft", wie es William Overholt im Titel seines Bestsellers formuliert, nicht als zwangsläufige Entwicklung anzusehen. Der ungestüme Strom der wirtschaftlichen Erneuerung führt eine Menge politischen und sozialen Sprengstoffs mit sich.

Ungeachtet der inneren Spannungen, sehen Pekinger Außenpolitiker die Zeit kommen, da China stark genug sein wird, nicht nur nach den Regeln mitzuspielen, die andere für die internationale Politik aufgestellt haben, sondern selbst zu den Mächten aufzusteigen, die die Formulierung der internationalen Spielregeln wesentlich bestimmen. Den global wirksamen Kräften der wirtschaftlichen Ver-

flechtung sowie des technologischen, kulturellen und gesellschaftlichen Wandels wird sich das Land jedoch kaum mehr entziehen können: Wer nicht bereit ist, sich in das Geflecht der internationalen Politik einbinden zu lassen und damit auch Einschränkungen der nationalstaatlichen Souveränität in Kauf zu nehmen, dem bleiben nur Isolation und Rückständigkeit. Kein Chinese will jedoch, daß das Land den Anschluß an den Aufstieg Ostasiens zu einem neuen Gravitationszentrum der Weltwirtschaft verpaßt.

Sebastian Heilmann

Sun Longji: Das ummauerte Ich. Die Tiefenstruktur der chinesischen Mentalität. Aus dem Chinesischen übersetzt von Stephanie Claussen, Ingrid Hermann-Boumessid, Susanne Höck, Carsten Höfer, Klaus Horsten, Sabine Linder, Lucia Probst, Kai Strittmatter, Andreas Szesny, Gerlinde Wislperger. Bearbeitet, eingeleitet und herausgegeben von Hans Kühner.

Leipzig: Kiepenheuer 1994, 440 S.

Ob es nun ein ehemaliger Leibarzt ist, der Macht- und Sexbesessenheit seines berühmten und einst auch hochgerühmten Patienten geißelt, oder aber ein taiwanesischer Vielschreiber, der die "Häßlichkeit der Chinesen" beklagt, eine Fernsehserie, die ein Klagelied über die chinesische Kultur anstimmt, ein Filmmacher, der seine jugendlichen "religiösen" Irrungen offenbart, oder aber ein Historiker, der sich der Kulturanalyse widmet, sie alle zeugen von einer - bewußt oder unbewußt - an Lu Xun (1881-1936) anknüpfenden, neuerdings wieder zunehmend kritischen Geisteshaltung chinesischer Intellektueller zum modernen China, zu den Niederungen der Kulturrevolution, zur chinesischen Kultur als Ganzes.

In seinem mit einiger Verspätung nun endlich in deutscher Übersetzung erschienenen Buch *Zhongguo wenhua de "shenceng jiegou"* (Die "Tiefenstruktur" der chinesischen Kultur), so der Originaltitel, versucht der in Hongkong aufgewachsene Sun Longji (Sun Lung-kee), der auf Taiwan und in den USA studiert hatte und heute eine Professur für Geschichte an der Memphis State University bekleidet, die Ausgangspunkte für jene kulturellen Prägungen zu lokalisieren, die gemeinhin und auch von Sun als "chinesisch" bezeichnet werden. In Anlehnung an Noam Chomskys Begriffe der Oberflächen- und der Tiefenstruktur werden dabei, so Suns eigene Darstellung seiner Intention,¹ alltägliche Begebenheiten gleichsam wie Sätze als Ausdruck einer tieferliegenden grammatikalische Struktur verstanden. Die seinen Ausführungen zugrunde liegende Annahme einer allen Chinesen aller Zeiten gemeinsamen grundlegenden Struktur, Sun nennt sie "Tiefenstruktur", resultiert jedoch in der Vernachlässigung der historischen Dimension; der Blick in die Vergangenheit leidet unter der perspektivischen Verkürzung. Die Anfangspunkte dieses omnipräsenten Kontinuums der chinesischen Kultur lokalisiert Sun in den die tiefenstrukturellen Kernsätze entsprechenden Texten des Altertums (konfuzianische Klassiker, Laozi, Zhuangzi etc.) und versucht, die verschiedensten Erscheinungsformen des Wesens der chinesischen Kultur in beobachtbaren Verhaltensmustern im gegenwärtigen chinesi-